Auszug aus der Niederschrift
über die
Sitzung des Kreisausschusses (11.Wahlzeit) des Kreises Trier-Saarburg
am 03.08.2020 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier,
öffentlicher Teil.

7. **Unterricht und Unterrichtsorganisation an den Schulen in der Trägerschaft des Landkreises Trier-Saarburg mit Beginn des Schuljahres 2020/2021 (Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion vom 01.06.2020);**
Vorlage: 0219/2020

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) geht für die Dauer der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt in den Zuhörerraum des Sitzungssaals. Für sie nimmt ihre Stellvertreterin **Gleißner** (Bündnis 90/ Die Grünen) Platz im Gremium.

Kreisausschussmitglied **Gleißner** (Bündnis 90/ Die Grünen) führt kurz die Intention des Antrags der Kreistagsfraktion aus. Ziel sei das in der Vorlage beschriebene Szenario 2, das einen eingeschränkten Regelbetrieb mit Abstandsgebot vorsehe. Das Teilen von Schulklassen sei aus ihrer Sicht der zu einfache Weg. Prinzipiell funktioniere es unter Einhaltung der Corona-Verordnung mehr als die Hälfte der Lernenden pro Klasse in den Räumlichkeiten der Schule zu unterrichten. Allerdings fehlen bisher dazu detaillierte Statistiken.

Der **Vorsitzende** schildert, dass die Ausarbeitung pädagogischer Konzepte Angelegenheit des Landes sei. Maßgebliche Vorgabe sei aktuell, dass nach den Sommerferien regulärer Unterricht an den Schulen stattfinden solle. Der Landkreis nehme seine Aufgabe als Schulträger wahr.

Dieses Thema sei ihm persönlich ein Herzensanliegen, so Geschäftsbereichsleiter **Rauland**. Die Kreisverwaltung habe auf die Corona-Epidemie so flexibel wie möglich reagiert. Die möglicherweise kritischen Punkte der Hygieneanforderungen vor Ort habe die Verwaltung durch gute Vorarbeit jederzeit unter Kontrolle gehabt. Zum aktuellen Raumbedarf an den Schulen sei augenscheinlich kein größerer Bedarf vorhanden, als das Bekannte, was gemeldet worden sei. Bei der Digitalisierung sei die momentan realistischste Umsetzungsmöglichkeit ein Hybridunterricht, bestehend aus Schulunterricht und Home-Schooling. Ein solches Konzept sei bereits an einzelnen Schulen umgesetzt. Insgesamt sei die Digitalisierung ein großes Thema. Wünschenswert sei es, eine technische Assistenz in jeder Schule zu haben. Der Breitbandausbau sei eine Schnittstelle zwischen den Zuständigkeiten des Landes und des Landkreises als Schulträger. Der finanzielle Mittelabruf beim Digitalpakt schreite langsam voran. Es habe kleinere Änderungen bei der Antragsstellung zur Vereinfachung des Verfahrens gegeben. Ein weiterer Punkt sei die Vakanz beim Lehrpersonal für das anstehende neue Schuljahr. Diesbezüglich sei ein ständiger Dialog mit den Schulen vorhanden.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) sagt vorausblickend, dass Niemand die Entwicklung der weiteren Infektionslage treffend abschätzen könne. Aus diesem Grund müsse die aktuelle Situation im Blick behalten und dementsprechend individuelle Lösungen gefunden werden. Für das neue Schuljahr werde Lehrpersonal benötigt,

weswegen eine Schulklassenteilung kaum umsetzbar sei. In dieser Hinsicht sei das Land als Dienstherr gefordert. Ferner bereite ihm die Situation beim Schülerverkehr Sorgen. Es gebe noch einige Fragen zu klären. Die Verwaltung habe sich darüber bereits Gedanken gemacht.

Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel** führt aus, dass im Moment keine Kapazitätserweiterungen in Spitzenzeiten zur Personenbeförderung möglich seien. Eine weitere Möglichkeit, die zeitnah angegangen werde, sei die Abfrage bei Reiseverkehrsunternehmen, ob Reisebusse zur Verfügung stehen. Hinsichtlich der Bereitstellung von Fahrern in ausreichender Zahl sei eine andere Frage. Weiterhin müssten diese Busse aufwendig angemeldet werden. Überdies seien Arbeitskämpfe von der Gewerkschaft ver.di angekündigt.

Aus Sicht der Fraktionsvorsitzenden **Sahler-Fesel** (SPD) haben diese Probleme größtenteils schon vor der Corona-Krise bestanden. Sinnig sei die Mitnahme von Schülerinnen und Schülern nach Sitzplätzen in den Bussen. Dies umzusetzen sei hingegen unrealistisch. Die weiteren Entwicklungen müssen im Auge behalten werden. Maßgeblich seien die Vorgaben des Landes.

Kreisausschussmitglied **Gleißner** (Bündnis 90/ Die Grünen) bittet um Vorlage von organisatorischen Programmen bzw. Konzepten zu den drei Szenarien, die in der Vorlage aufgeführt seien. Diese Konzepte können dann in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und neue Medien (ehemals Schulträgerausschuss) vorgelegt werden.

Die **Verwaltung** sagt zu, dieser Bitte nachzukommen.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann nimmt er die Informationen zur Kenntnis.

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Trier, den 17. August 2020
Kreisverwaltung Trier-Saarburg
Im Auftrag
A Reichert
(Reichert)